Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:

Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezug nur für den Kalendermonat. Einzel- und Auslagenstücke 20 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe unleserlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigen-Preise:

Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

60. Jahrgang. — Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 304. | Mittwoch, den 28. Dezember. | 1932.

Schnelle Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 24. Dezember.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke sprach im Rundfunk über das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der Redner führte u. a. aus: Die Ausgaben für die gesamte Arbeitslosenfürsorge sind auf mehr als 6 Milliarden RM im Jahr gestiegen. Sie haben die Haushalte der öffentlichen Körperschaften auf das stärkste erschüttert. Um den Zusammenbruch der öffentlichen Haushalte zu verhindern, sind infolgedessen überall einschneidende Abstriche auf der Ausgabenseite vorgenommen. Von 1929 bis 1932 hat sich der Gesamtbetrag der öffentlichen Haushalte von 20,8 Milliarden RM auf 14,8 Milliarden RM vermindert! Von dem Unterschied entfällt aber ein sehr erheblicher Teil, und zwar mehr als die Hälfte, auf die Sachausgaben der öffentlichen Hand, und das bedeutet wiederum, daß auch die private Wirtschaft entsprechend weniger Aufträge von der öffentlichen Hand bekam.

Reichspräsident von Hindenburg hat bereits bei der Berufung der Regierung von Papen dieser zur Pflicht gemacht, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzuführen. Aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher wissen Sie, daß er als Hauptpunkt seines Programms bezeichnet hat: „Arbeit schaffen!" Das bedeutet, daß das im Sommer begonnene Werk der Wiederbelebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgebaut und ergänzt werden muß. Ich bin mir der ungeheuren Verantwortung wohl bewußt, die ich auf mich genommen habe. Der Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede meinen Auftrag dahin erläutert, daß er das volkstümliche Bild vom „Schäferhund" brauchte, der wachsam alle Arbeitsmöglichkeiten aufspüren und alle Beteiligten zur beschleunigten Arbeit anhalten soll. Ich bin der Meinung, daß ich im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mich recht tummeln muß, um alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Dringlichste Arbeiten

Es wird eine der vordringlichsten Aufgaben sein, daß die bisher geplanten und eingeleiteten Arbeiten beschleunigt durchgeführt werden. Das sind zunächst die Arbeiten mit einem Aufwand von 342 Millionen RM, die in der Hauptsache für Land- und Wasserstraßen, landwirtschaftliche Meliorationen und für einige andere Zwecke, dienen. Nebenher laufen die öffentlichen Notstandsarbeiten sowie die Sonderprogramme der Reichsbahn in Höhe von 280 Millionen RM und der Reichspost in Höhe von 60 Millionen RM. Außerdem wird der Freiwillige Arbeitsdienst, der Anfang Dezember 285 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigte, auch in den Wintermonaten im Rahmen des Möglichen weitergeführt werden.

Auf Grund eines Beschlusses der Reichsregierung sind ferner zur Förderung des Eigenheimbaues in den Haushaltsjahren 1933/34 20 Millionen bereitgestellt worden, aus denen schon jetzt kleine Hypotheken zum Bau von Eigenheimen zugelagt werden können. Bei einem durchschnittlichen Darlehen von 1500 RM werden etwa 13 000 Eigenheime gefördert. Durch den Zwang für den Bauherrn, die übrigen Kosten selbst zu tragen, wird ein Arbeitseffekt von rund 100 Millionen RM erzielt. Um für Handwerk und Baugewerbe auch in den Wintermonaten weitere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, werden die Maßnahmen zur Instandsetzung von Wohngebäuden, Teilung von Wohnungen, Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen weitergefördert. Da über die bisherigen Reichszuschüsse in Höhe von 50 Millionen RM in kurzer Zeit verfügt ist, habe ich sichergestellt, daß zunächst mindestens weitere 50 Millionen bereitgestellt werden. Da der Hausbesitzer das Mehrfache des Reichszuschusses aus eigenem beitragen muß, wird hier der tatsächliche Arbeitseffekt vervielfältigt. Nun aber der Kern des von mir seit längerem vorgeschlagenen öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Für vorstädtische Kleinsiedlungen und die Schaffung von Kleingärten sind in diesem Jahre 73 Millionen bereitgestellt und damit über 26 000 Siedlerstellen und über 74 000 Kleingärten geschaffen worden. Weitere 10 Millionen gelangen zur Verteilung. Ziel ist, übersetzte Industriezentren aufzulockern und die bevölkerungspolitisch notwendige Umschichtung und Hinführung zum Lande zu fördern. Dabei denke ich an eine nebenberufliche Landsiedlung, die den Siedler befähigt, seinen Lebensunterhalt zum Teil aus seiner Lohnarbeit, zum anderen Teil aus seiner eigenen Scholle zu gewinnen. Diesem Ziele, möglichst viel Dauerexistenzen zu schaffen, muß auch die verstärkte bäuerliche Siedlung dienen.

Oeffentliche Arbeitsbeschaffung

Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß gerade auch im Interesse der Siedler alles getan werden muß, um die Rentabilität unserer schwer leidenden Landwirtschaft wiederherzustellen. Ich werde deshalb nach Kräften alle Maßnahmen unterstützen, die zur Erleichterung der Lage der Landwirtschaft führen, und ich glaube, dieser Aufgabe am besten damit zu dienen, daß ich bemüht bin, möglichst viele Erwerbslose wieder in dauernde Arbeit zu bringen, damit die Kaufkraft der Massen zu heben; jene unerläßliche Voraussetzung für die Verbesserung des Absatzes der Erzeugnisse von Landwirtschaft und Industrie.

Sie wissen, daß ich seit langem dafür eingetreten bin, eine möglichst umfassende Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand zu erreichen.

Gelingt es nicht, die öffentlichen Arbeiten wenigstens teilweise wieder durchzuführen, dann werden wesentliche Zweige der Privatwirtschaft ohne Aufträge bleiben. Es besteht also keinerlei Gegensatz zwischen einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm und den Interessen der Privatwirtschaft. Gerade in Krisenzeiten wie den heutigen, ist es Pflicht der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft auch durch Arbeitsaufträge neben der notwendigen steuerlichen Entlastung jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Nach diesem Sofortprogramm erhalten Träger öffentlicher Arbeiten zunächst bis 500 Millionen RM Darlehen. Die Sicherheit der Währung ist auch für mich selbstverständliche Voraussetzung für jede Arbeitsbeschaffung. Als Darlehensgeber sind die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbankkreditanstalt vorgesehen. Träger der Arbeit können zunächst nur Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie gemischtwirtschaftliche Versorgungsbetriebe sein.

Günstige Tilgungsfristen

So sehr ich Wert darauf lege, daß die Arbeitsbeschaffung zentral überwacht wird, so sehr verfolge ich andererseits den Grundsatz gesunder Dezentralisation bei der Auswahl der Arbeitsprojekte. Alle öffentlichen Körperschaften sollen von sich aus die Initiative ergreifen und beschließen, welche Arbeiten für sie vordringlich und unentbehrlich sind. Die Darlehen sind von den Darlehensnehmern in gleichen Raten zu tilgen. Bei einer Tilgungszeit von beispielsweise 20 Jahren beträgt die Rente jährlich 6 Prozent des Darlehens. Bei längerer oder kürzerer Tilgungszeit tritt eine entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Rente ein. Die übrigen Kosten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden zwei Freijahre vorgesehen. In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung um ein Jahr zugestanden werden.

Sämtliche Arbeiten müssen volkswirtschaftlich wertvoll und notwendig sein. Sie müssen möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet werden und vorwiegend der Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Anlagen dienen. Es ist einer der Grundgedanken meines Programms, durch Ueberwachung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Fehlinvestitionen auszuschließen.

Voller Tariflohn — 40-Stunden-Woche

Die Vergebung der Arbeiten soll grundsätzlich an Unternehmer erfolgen, wobei die Vergebung der Arbeiten an Generalunternehmer möglichst auszuschalten ist. Die mittleren und kleineren Betriebe in Handwerk und Gewerbe sind ausreichend zu berücksichtigen. Schwarzarbeit muß unterbunden werden. Im Rahmen des technisch Vertretbaren soll menschliche Arbeitskraft den Vorrang vor der Maschine haben. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur verwendet werden, wenn geeignete inländische Baustoffe nicht beschafft werden können. Bei Neueinstellungen dürfen nur inländische Erwerbslose berücksichtigt werden, die durch die Arbeitsämter vermittelt werden. Vornehmlich sollen langfristig erwerbslose Familienernährer, vor allem kinderreiche, berücksichtigt werden. Die bei den Arbeiten beschäftigten Arbeitnehmer sind zu den geltenden Tarifsätzen zu entlohnen. Um möglichst vielen Deutschen Arbeit schaffen zu können, soll die Arbeitszeit 40 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Die Bedingungen für die einzelnen Kredite müssen so gestaltet werden, daß sie auch den in schwerster Bedrängnis befindlichen Kommunen die Möglichkeit geben, im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Kredite aufzunehmen. Wenn von anderer Seite erklärt wird, erst müsse eine Sanierung der Haushalte erfolgen, müsse ein gerechter Finanz- und Lastenausgleich da sein, müsse die Umschuldung durchgeführt sein, dann glaube ich, daß wir in der heutigen Not der Arbeitslosen gar nicht warten können, bis all das durchgeführt ist. Ich weiß, daß auch noch andere Maßnahmen ergriffen werden müssen, die aber in die heutige Betrachtung nicht hineingehören.

Ich habe die dringende Bitte an alle Deutschen, daß jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten mithilft, unser deutsches Schicksalsproblem zu lösen. Arbeit schaffen, bedeutet auch, Vertrauen schaffen. Wir brauchen beides, Arbeit und Vertrauen. Ich werde, mögen die Hindernisse auch noch so groß sein, alles daran setzen, daß eine große Offensive gegen die Arbeitslosigkeit beginnen kann, damit uns alle nicht nur die Hoffnung, sondern der feste Glaube an die deutsche Zukunft erfüllt!

Siedlerhilfe

Neue Maßnahmen zur Entlastung.

Berlin, 24. Dezember.

Im Anschluß an die Senkung der Jahresleistungen der Siedler auf landwirtschaftlichen Siedlungen für die nächsten zwei Jahre wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien des Reiches und Preußens sofortige Maßnahmen in die Wege leiten, um die durch die besonderen Einwirkungen der landwirtschaftlichen Krise auf die Siedler entstandenen Rückstände bei den Siedlern in angemessener Weise zu ordnen.

Die Siedlungsbank wird ermächtigt werden, zunächst einmal bis zur Durchführung der Regelung die in Betracht kommenden Rückstände zu stunden. Die Regelung der Rückstände erfaßt alle Arten von Siedlern, denen die Senkung der Jahresleistungen zugute kommt. Die Deutsche Siedlungsbank wird im engsten Einvernehmen mit der Preußischen Landesrentenbank vorgehen.

Zur Durchführung der Maßnahmen werden aus den Siedlungsbehörden der Länder, also in Preußen aus den Landeskulturbehörden, geeignete Kräfte zur Verfügung gestellt, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind.

Der Umfang der Winterhilfe

Ueber den Umfang der diesjährigen Winterhilfeaktion erfahren wir von unterrichteter Seite, daß in diesem Jahre sieben Millionen Personen von der Winterhilfe betreut werden. Im vergangenen Jahre belief sich die Zahl der Betreuten auf 4,5 Millionen.

Aufruf Hindenburgs

Notwerk der deutschen Jugend.

Berlin, 25. Dezember.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Die Not der Arbeitslosigkeit lastet schwer gerade auch auf der deutschen Jugend. Weder Arbeitsbeschaffung noch Arbeitsdienst können verhindern, daß mit dem Anbruch des Winters Hunderttausende von jungen Deutschen mit dem Schicksal der Erwerbslosigkeit und der Untätigkeit zu ringen haben. Darum rufen Reichspräsident und Reichsregierung das deutsche Volk am Weihnachtstage zum Notwerk der deutschen Jugend auf. Das Notwerk soll der arbeitslosen Jugend Gelegenheit zu ernsthafter beruflicher Bildungsarbeit bieten und ihr sonstige sinnvolle geistige und körperliche Betätigung ermöglichen. Es soll ihr in Verbindung damit täglich eine gemeinsame warme Mahlzeit sichern.

Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft aller Teile der Bevölkerung müssen in diesem Notwerk zusammenwirken, um die arbeitslose Jugend körperlich und geistig gesund und lebenstüchtig zu erhalten und ihren Willen zu kameradschaftlicher Selbsthilfe zu stärken. Die freiwilligen Anstrengungen der Bevölkerung werden die planmäßige Unterstützung des Reiches erfahren. Die Reichsregierung stellt allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften junger Arbeitsloser, die sich in den Dienst des Notwerks stellen und es praktisch verwirklichen, Beihilfen zur Verfügung. Sie sollen vor allem die vorgesehene Verpflegung ermöglichen.

Die Förderung des Notwerks der deutschen Jugend ist dem Reichsarbeitsminister übertragen. Er wird die notwendigen Anordnungen treffen.

Berlin, den 24. Dezember 1932.

Der Reichspräsident von Hindenburg. — Die Reichsregierung von Schleicher, Reichskanzler.

*

Das Notwerk der deutschen Jugend wird auf Anordnung des Reichsarbeitsministers durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durchgeführt. Für das Notwerk stehen aus Reichsmitteln in dem laufenden Haushaltsjahr 9 Millionen RM zur Verfügung. Hieraus dürfen Beihilfen solchen Einrichtungen und insbesondere auch solchen freiwilligen Kameradschaften gewährt werden, die allein oder im Zusammenwirken mit anderen Stellen junge Arbeitslose im Alter bis zu 25 Jahren außer zu gemeinsamer Mahlzeit durchschnittlich mindestens vier Stunden am Tage zusammenhalten. Hiervon sollen nach Möglichkeit zwei Stunden der beruflichen Fortbildung dienen, die übrige Zeit soll sportlicher Betätigung und geistiger Bildungsarbeit gewidmet sein. Die Beihilfen sollen so berechnet werden, daß höchstens je nach den örtlichen Verhältnissen 15 bis 25 Rpf. für jeden Teilnehmer gewährt werden. Sie haben regelmäßig zur Voraussetzung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerks beteiligen. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird die hiernach erforderlichen Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit den Körperschaften, Verbänden, Vereinigungen und allen sonstigen Stellen einleiten und durchführen, die sich nach ihrem Aufgabenkreis mit der Hilfe für die arbeitslose Jugend befassen.

Zur Förderung des Notwerks sollen unverzüglich in den Bezirken aller Arbeitsämter Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. Sie sollen unter Vermeidung überflüssiger Organisationsarbeit alle Stellen zusammenfassen, die sich der arbeitslosen Jugend annehmen: neben dem Arbeitsamt vor allem die Gemeinden (Jugend- und Wohlfahrtsämter, Berufsschulen), die freie Wohlfahrts- und Jugendpflege (insbesondere die Winterhilfe), die Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art, die Berufsverbände der Arbeitnehmer, Arbeitgebervereinigungen usw.

Der Reichsarbeitsminister hat sich an sämtliche Landesregierungen sowie an die kommunalen, karitativen, wirtschaftlichen und sonstigen in Betracht kommenden Spitzenverbände gewandt und sie um Unterstützung des Notwerks und Mitwirkung bei seiner Durchführung gebeten.

Handelsvereinbarungen in der Schwebe

Die Verhandlungen mit England und Frankreich.

Berlin, 25. Dezember.

Englische und französische Delegationen sind mehrere Wochen in Berlin gewesen, und auch ihre Rückkehr in die Heimat ist nur eine Vertagung, nur eine Unterbrechung der Verhandlungen, die sie mit den zuständigen deutschen Stellen gepflogen haben. Es hat sich um Fragen der Handelsbeziehungen gehandelt, die sich, was die Engländer angeht, auf ziemlich konkrete Wünsche und Beschwerden von beiden Seiten bezogen, auf englische Beschwerden über scharfen Wettbewerb gewisser deutscher Exportgüter und auf deutsche Gegenwünsche genau spezialisierter Natur.

Man ist sich sehr schnell nahe gekommen, und man rechnet damit, daß nach der Rückkehr der englischen Unterhändler im neuen Jahr die abschließende Verständigung gesichert scheint.

Die Verhandlungen mit den Franzosen hatten einen weiter gesteckten Rahmen, sie galten einer grundsätzlichen Ueberprüfung des deutsch-französischen Handelsvertrags, wobei von französischer Seite sehr weitgehende Wünsche zur Diskussion gestellt wurden, die sich bis zu dem Gedanken einer Durchbrechung der Meistbegünstigung auswuchsen.

Aus der Ankündigung, daß die in Berlin paraphierte Einigung sich auf ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-französischen Handelsvertrag beziehe, darf man wohl schließen, daß eine grundsätzliche Aenderung der Voraussetzungen, die ja zugleich an die Wurzeln der europäischen Handelsbeziehungen überhaupt rühren würde, nicht in Frage kommt. Voraussichtlich dürfte das Abkommen auch eine Neuregelung über die Kündigungsfrist der Zollbindungen bringen.

Mißverständnisse in Washington

Roosevelt wünscht Zusammenarbeit mit Hoover in der Außenpolitik.

Washington, 24. Dezember.

Gouverneur Roosevelt veröffentlicht eine Erklärung, in der er über die von Hoover gemachte Bemerkung, daß dem zukünftigen Präsidenten eine gemeinsame Arbeit mit Hoover in den Fragen der auswärtigen Politik unerwünscht sei, sein Erstaunen ausdrückt. Roosevelt sagt:

„Ich bin von der Erklärung des Weißen Hauses überrascht. Es ist nicht nur für unser Land, sondern auch für die Lösung der Weltfragen bedauerlich, daß die Erklärung abgegeben und öffentlich verlautbart ist, ich betrachte eine Zusammenarbeit in den auswärtigen Fragen als unerwünscht. Ich habe Hoover vielmehr in klarer Weise nahegelegt, seine Vertreter zu einer vorläufigen Bearbeitung der schwebenden Fragen zu ernennen, und habe gebeten, über die Fortschritte dieser Vorarbeiten auf dem laufenden gehalten zu werden. Ebenso habe ich das Angebot gemacht, mich mit Hoover während der Zeit bis zum 4. März beraten zu wollen. Ich hoffe, daß dieses praktische Programm und dieses bestimmte Angebot zu gemeinsamer Arbeit vom Präsidenten angenommen werden wird."

Hoover geht in Urlaub

In amerikanischen Regierungskreisen wird bestätigt, daß in den Fragen der interalliierten Schulden, des Handelsvertrages mit Frankreich und der Weltwirtschaftskonferenz keine neuen Schritte unternommen werden sollen. Präsident Hoover hat sich nach Florida begeben, wo er einen längeren Urlaub zu verbringen gedenkt. Demnach scheint er von dem „Angebot" Roosevelts keinen Gebrauch machen zu wollen.

Das enttäuschte England

Die Absage Roosevelts an Hoover.

London, 25. Dezember.

Der Briefwechsel zwischen dem scheidenden und dem kommenden amerikanischen Präsidenten, als dessen Ergebnis die Weigerung Roosevelts festzustellen ist, schon jetzt mit Hoover zusammen die Bemühungen, vor allem aber auch die Verantwortung für die Lösung des Schuldenproblems zu tragen, hat besonders in England schwer enttäuscht.

Man hat in England daraus den Schluß gezogen, daß es wohl besser sein werde, offizielle Verhandlungen mit Washington über die Schlußregelung der Schulden bis über den 4. März hinauszuzögern und sie erst mit dem neuen Präsidenten aufzunehmen, man hat diese Auffassung auch nach Amerika hin zu verstehen gegeben und hat damit die freundschaftliche Geste verbunden, daß man glaube, durch eine solche Zurückhaltung die innerpolitische Situation der Vereinigten Staaten zu erleichtern.

Inzwischen richtet man sich aber in England doch schon darauf ein, mit der neuen Richtung der amerikanischen Politik in Fühlung zu kommen, damit man zur Stelle ist, wenn diese neue Richtung aktiv wird. Man zeigt Verständnis für die Zurückhaltung Roosevelts, aber dieses Verständnis hilft nicht über die andere Erkenntnis hinweg, daß jede Verzögerung in der Schuldenfrage gefährlich ist, und daß man diese Gefahr in Kauf nehmen muß, nachdem sie sich einmal aus der Eigenart der innerameriknischen Verhältnisse ergeben hat.

Hoover hat inzwischen in aller Form erklärt, daß er angesichts der Weigerung Roosevelts, schon jetzt aktiv mitzuarbeiten, die Aufgabe seiner abtretenden Regierung darin sehe, lediglich aufkommende dringliche Fragen zu bearbeiten, ohne der neuen Regierung irgendwelche Bindungen zu schaffen. Die Frage ist nur, ob es möglich sein wird, diese Zurückhaltung noch drei Monate lang zu üben, oder ob die praktischen Konsequenzen der Schuldenfrage doch auch die Vereinigten Staaten zu einer stärkeren Aktivität zwingen werden. Die Schlußregelung des Schuldenproblems wird zwar Aufgabe des kommenden Präsidenten sein, gewisse verantwortliche Aktionen aber werden Hoover vielleicht doch nicht erspart bleiben.

Verhandlungen Norman Davis'!

Norman Davis, der amerikanische Hauptdelegierte bei der Abrüstungskonferenz, hatte in Albany Besprechungen mit Roosevelt. Vor seiner Abreise hatte Davis eine lange Unterredung mit Hoover und Stimson über Fragen der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz. Man hofft, daß sein Besuch bei Roosevelt den Weg zur Inangriffnahme des Schuldenproblems ebnen werde. Präsident Hoover hat inzwischen seine angekündigte Ferienreise nach Florida angetreten.

Die Unabhängigkeit der Philippinen

Die beiden Häuser des amerikanischen Parlaments haben sich auf ein Abkommen geeinigt, wonach den Philippinen in zehn Jahren die volle Unabhängigkeit gewährt werden soll. Die Inseln sollen auf dem Wege internationaler Verhandlungen zur neutralen Zone erklärt werden.

Diesem Beschluß des Parlaments gegenüber ist, wie die Dinge zur Zeit in den Vereinigten Staaten liegen, mit einem Einspruch des Präsidenten zu rechnen, und auch er wird, wie andere entscheidende Dinge, unter der neuen Präsidentschaft und vor dem neuen Parlament zur Entscheidung gestellt werden.

Die wirtschaftspolitischen Hintergründe der Bestrebungen, die den Philippinen, die seit Jahrzehnten von ihnen so heiß ersehnte Selbständigkeit geben wollen, sind klar: man hofft die amerikanische Produktion dann durch Zölle und andere Maßnahmen gegen den Wettbewerb der Inseln schützen zu können.

Der hilflose Völkerbund

Mißerfolg im paraguayisch-bolivianischen Konflikt.

Genf, 25. Dezember.

Die Regierungen von Paraguay und Bolivien sowie

Dr. Field's seltsame Abenteuer

Ein abenteuerlicher Kriminalroman von Peter Brack.

zum vierten kam der nur fühlbare, aber nicht sichtbare Angreifer nicht mehr, weil Walker, von einer wahren Berserkerwut erfüllt, nun seinerseits begann, seine gefürchteten Boxhiebe auszuteilen.

Als er zum fünften Schlage ausholen wollte, merkte er, daß es dieser Anstrengung nicht mehr bedurfte. Der Unsichtbare war mit einem Achzen zurückgesunken und regte sich nicht mehr.

Hochatmend sprang Walker auf die Füße.

Bei Gott, diese Nacht hatte es in sich!

Der Schlag, der seine Schläfe getroffen hatte, schmerzte ihn am heftigsten. Dennoch erfaßte ihn so etwas wie ein Siegesrausch.

Der erste Bursche war entwischt. Dieser hier, der fraglos zu jenem anderen gehörte, stand dagegen so bald nicht wieder auf!

Aber warum blieb nach wie vor alles im Hause still?

Wenn seine Annahme, Edward und Mary hätten das Verbrechen entdeckt, zutraf, warum drehten sie das Licht wieder ab und blieben ruhig im Hause, anstatt sofort die Polizei zu alarmieren?

Sonderbar!

Ein rasch näherdröhnendes Knattern ließ Walker aufhorchen. Im ersten Augenblick dachte er unwillkürlich an die Beiwagenmaschine. Dann schüttelte er aber den Kopf. Die Beiwagenmaschine war mit einem Vierzylindermotor ausgestattet gewesen. Die sich da aber jetzt näherte, war eine solche mit einem Zweizylinder. Für so etwas besaß Walker als alter Sportsmann einen untrügliches Ohr.

Wütend suchte er nach seiner Taschenlampe, die er sich vor einigen Minuten drüben in seinem Häuschen zurechtgelegt hatte. Er fand sie nicht — hatte sie wahrscheinlich in der Aufregung liegen lassen — —

Da sauste auch schon das Motorrad heran und hielt vor dem Hause.

Sollte das etwa — —?

Hurra, er war es;

Wells, der Inspektor! Mit einem Policeman hinter sich auf dem Soziussitz!

Das war Hilfe in der Not!

„Hierher!" schrie er den Abspringenden zu. „Hierher!"

„Mr. Walker?"

„All right! Kommen Sie nur herein. Durch den Vorgarten und dann links. Habe hier soeben einen Halunken erwischt!"

Wells stürzte herbei, von dem Blauerockten auf den Fersen gefolgt.

„Haben Sie Licht?"

„Ja."

Wells zog erregt die Taschenlampe hervor und ließ sie aufflammen.

Grell fiel der weiße Kegel auf Walker, der mit seiner beschmutzten Kleidung und dem zerrissenen Kragen keinen besonders vorteilhaften Anblick bot.

Aber dafür strahlten seine Augen in satter Zufriedenheit.

„Da liegt der Bursche! Geben Sie doch mal die Lampe her, Wells!"

Wortlos reichte der Inspektor das Gewünschte.

Walker nahm sie und richtete den Schein voll auf die regungslos zwischen den Büschen liegende Gestalt.

Es war ein Schwarzer — ein Nigger von stämmigem Körperbau. Er hielt die Augen geschlossen und die Hände geballt.

Bei diesem Anblick prallte Walker zurück.

„He," murmelte der Inspektor, „was gibt es?"

Walker antwortete nicht. Er starrte auf den Bewußtlosen und glaubte, ein Gespenst zu sehen.

„Sam!" stammelte er. „Hol dich der Teufel —"

Wells trat ganz heran. „Sie kennen den Hundsfott?"

Walker ließ die Lampe sinken und faßte sich an den Kopf. „Ist denn alles heute nacht verrückt geworden?" murmelte er. „Sam ist es! Mein Diener Sam!"

Diese Antwort schien Wells zu ergrimmen.

„Mr. Walker!" rief er, „Sie sollten mit Ihren Freunden solche Späße nicht machen!"

Der starrte ihn an. „Späße?" keuchte er. „Späße? Das nennen Sie Späße?" Wut packte ihn. „Gehen Sie nur hinauf in den ersten Stock, wenn Sie an Späße glauben," schrie er. „Ja, gehen Sie nur! Der Personaleingang ist offen!"

Wells zögerte.

Offenbar zweifelte er immer noch. Erst das plötzliche Erscheinen Dr. Peaces machte seinen Zweifeln ein Ende. Der Doktor hatte den Weg zu Fuß zurückgelegt und war außer Atem.

Viel zu aufgeregt, um Fragen zu stellen, machte er sich auf Walkers Ersuchen daran, den Nigger ins Leben zurückzurufen . . . eine Arbeit, die sich mittels eines einfachen Riechsalzfläschchens unschwer bewerkstelligen ließ.

Sam schlug die Augen auf; nach wenigen Minuten hatte er sich bereits wieder so weit erholt, daß er einen Fluch ausstoßen konnte.

Aber Walker fuhr ihn nicht schlecht an.

„Was hast du hier herumzukrauchen, du Lümmel!" rief er. „Heraus mit der Sprache!"

Sam wurde völlig munter.

Und erzählte!

Es klang sonderbar genug, was er zu berichten hatte!

Er hatte seines Herrn Rufe „Sam' Sam!" wohl vernommen, weilte aber im Badezimmer, um den Ofen für den nächsten Morgen vorzubereiten. Als er in die Diele stürzte, war Walker bereits fort, um Frau Graham zu Hilfe zu kommen. Das wußte der Schwarze natürlich nicht. Er vermutete seinen Herrn oben im Arbeitszimmer und begab sich nach dort. Vom Fenster dieses Raumes aus sah er aber Walker über die Straße rennen und im Dunkel des Grahamschen Gartens verschwinden.

Als gehorsamer Diener, der überdies nicht so dumm war, um nicht zu merken, daß hier irgend etwas nicht stimmte, eilte er ihm sofort nach.

die neutrale Kommission in Washington antwortete telegraphisch auf die Mitteilung, die ihnen der Völkerbundssekretär gemäß Ratsbeschluß vom 17. 12. hatte zukommen lassen.

In ihrer Antwort stellt die paraguayische Regierung fest, daß das in seiner Existenz bedrohte Paraguay vor Niederlegung der Waffen das Recht besitze, Bedingungen zur Garantierung seiner Sicherheit zu stellen.

Der Vorschlag der neutralen Kommission erfülle diese Bedingungen nicht, da die bolivianische Armee im Besitze von ⅔ des Chaco-Gebietes bleibe, während Paraguay dieses ganze Territorium zu räumen hätte.

Paraguay stimme der Einstellung der Feindseligkeiten nur zu unter der Bedingung der Räumung des Grand Chaco, der Abrüstung und einer Untersuchung über die Schuld am Kriege.

Die bolivianische Regierung gibt der Ansicht Ausdruck, daß sie durch ihre früher erteilten Antworten im Prinzip die Hauptpunkte des Vorschlages der neutralen Kommission angenommen habe.

Die Schuld am Kriege falle auf Paraguay, das die neutralen Vorschläge kategorisch ablehne, nachdem es, wie schon 1928, den Frieden im südamerikanischen Kontinent gefährdet habe.

Die neutrale Kommission schließlich bemerkt, daß ihr Vorschlag an Bolivien und Paraguay den streitenden Parteien es ermögliche, die Feindseligkeiten einzustellen und eine schiedsgerichtliche Regelung anzubahnen.

Deutsche Tagesschau

Nationalsozialistischer Protest.

Zur Rundfunkansprache des Reichsernährungsministers von Braun sagt der „Völkische Beobachter", gegen einen etwaigen Versuch, den Markt durch einen drei- bis fünfprozentigen Beimischungszwang von Butter zur Margarine als bereinigt zu erklären, erhebe die NSDAP. vorsorglich schon jetzt schärfsten Protest. Durch einen solchen Beimischungszwang bliebe der Markt von Rinder- und Schweinefetten unberührt.

Keine Amnestie für Leutnant Scheringer.

Von den Ulmer Reichswehroffizieren, die das Reichsgericht wegen Hochverrats verurteilt hatte, war nachträglich während seiner Festungshaft der Reichswehrleutnant a. D. Richard Scheringer zur Kommunistischen Partei übergetreten. Ein Berliner Blatt meldet, es sei ihm auf telephonische Anfrage vom Oberreichsanwalt in Leipzig mitgeteilt worden, daß Scheringer nicht amnestiert werden könne. In Scheringers Tat sei ein Versuch der Zersetzung der Reichswehr zu erblicken, der nicht amnestiert werden dürfe.

Schüsse in Notwehr

NSDAP.-Arzt von Polizeioffizier niedergeschossen.

Berlin, 25. Dezember.

Bei einem Streit in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal in der Nähe des Anhalter Bahnhofs in Berlin gab ein Polizeioffizier in der Notwehr zwei Schüsse auf den Gruppenarzt Dr. Fritz Döpner ab, der schwerverletzt zusammenbrach.

Der Polizeibeamte war nachts von mehreren uniformierten Nationalsozialisten gebeten worden, in dem Lokal, in dem es zwischen einigen NSDAP.-Mitgliedern zu einer Schlägerei gekommen war, die Ruhe wiederherzustellen. Er stieß aber bei den anwesenden Gästen auf Widerstand, so daß er zuletzt mit Zwangsmaßnahmen drohen mußte. Der 31jährige Gruppenarzt Dr. Fritz Döpner, der auf Ersuchen eines Verletzten festgestellt werden sollte, widersetzte sich besonders lebhaft. Da er sich nicht ausweisen konnte, erging die Aufforderung an ihn, auf die Polizeiwache zu folgen.

Jetzt zog Döpner plötzlich eine Pistole und richtete sie auf den Offizier. Als auch das Zureden seiner SA.-Kameraden vergeblich blieb, die sich bemühten, Döpner von seinem Widerstand abzubringen, gab der Polizeioffizier aus seiner Dienstpistole zwei Schüsse über Döpners Kopf ab. Döpner schoß darauf mehrmals nach dem Polizeioffizier, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, worauf der Beamte in Notwehr zwei Schüsse auf Döpner abgab, die ihn kampfunfähig machten.

Die Maske herunter!

Erstaunliches Interview Scheidemanns.

Von Generalleutnant a. D. Waechter, Erstem Vorsitzenden des Nationalverbandes Deutscher Offiziere.

Also nun weiß es die Welt und wird es die Nachwelt erfahren: Herr Philipp Scheidemann hat die Republik ganz gegen seinen und der sozialdemokratischen Partei Willen ausrufen müssen, damit nach der „Flucht" des Kaisers nicht die Anarchie in den deutschen Landen herrschte. „Es war niemals die Rede davon, die Monarchie abzuschaffen, und ich erinnere mich, daß, als ich die Republik sozusagen improvisiert hatte, meine Freunde von der sozialdemokratischen Partei mir die heftigsten Vorwürfe machten. Ich kann nur sagen, wenn Wilhelm II. weniger kleinmütig gewesen wäre, lebten wir heute noch in der Monarchie." So zu lesen in einem Interview, das Herr Scheidemann der französischen Zeitung „Le Capital" gewährt hat.

Ja, schlägt nun dem kaiserlichen Staatssekretär a. D. Herrn Philipp Scheidemann das Gewissen, das er seinen kaiserlichen Herrn beiseitegestoßen hat, und will er den Eindruck seiner Tat in der Geschichte verwischen, oder hat der Ausfrager des „Capital" etwas erzählt, was Herr Scheidemann nicht gesagt hat? Wir nehmen das Letztere an. Denn für so schnell vergeßlich kann Herr Scheidemann doch weder das deutsche Volk noch überhaupt einen Menschen in der ganzen Welt halten, daß er ihm zutrauen könnte, es hätte jemand die Rolle vergessen, die Herr Scheidemann vor und am 9. November 1918 gespielt hat, und es sei möglich, gestützt auf die Vergeßlichkeit weiter Kreise in einer so kraß kaum je erlebten Weise der Wahrheit ins Gesicht zu schlagen.

Wie gesagt, wir glauben das nicht, können es schon deshalb nicht glauben, weil Herr Scheidemann sich viel zu oft seiner Rolle als Künder des „Sieges des deutschen Volkes auf der ganzen Linie" und als Taufvater der deutschen Republik gerühmt hat; wir sind vielmehr der Ansicht, daß hier ein ausländischer Zeitungsmann den Namen des kaiserlichen Staatssekretärs a. D. Herrn Philipp Scheidemann mißbraucht hat, um seinerseits die Person Kaiser Wilhelms II. erneut mit Dreck zu bewerfen und ihn als den Schuldigen am deutschen Unglück hinzustellen. Damit aber diese Lügenmeldung, die bisher unwidersprochen den Weg in die Presse des In- und Auslandes gefunden hat, nicht etwa sich in den Köpfen der Menschheit festsetzt und später den Anspruch geschichtlicher Wahrheit erhebt, müssen wir — so unnötig eine solche Richtigstellung eigentlich sein müßte — dem französischen Zeitungsmann die Maske vom Gesicht reißen.

Geschichtlich wahr an der ganzen Meldung ist nur das, daß Herr Scheidemann durch seine berühmte Ausrufung der Republik sich den zeitweiligen Zorn des Herrn Ebert zugezogen hat, alles andere ist gemeinste Lüge.

Wenn „niemals die Rede davon gewesen ist", die Monarchie abzuschaffen, welchen Sinn hatte dann das Ultimatum der sozialdemokratischen Partei vom 7. November, durch welches sie den Thronverzicht des Kaisers forderte? Welchen Sinn hatten die Besprechungen am gleichen Tage über eine Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung? Der sozialdemokratische Abgeordnete David hat doch damals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Partei nach ihren Grundsätzen für die Republik agitieren müsse! Und das Ultimatum hat doch Herr Scheidemann selbst dem Prinzen Reichskanzler Max von Baden überbracht!

Nach der „Flucht" des Kaisers will Herr Scheidemann gezwungen gewesen sein, die Republik auszurufen, um die Anarchie zu verhindern! Bekanntlich ist der Kaiser überhaupt nicht geflohen, sondern hat sich nach langem Drängen seiner berufensten Ratgeber — die keinen anderen Ausweg wußten, um dem deutschen Volk die Schmach und Schande zu ersparen, daß der Kaiser von Meuterern aufgehoben und dem inneren oder äußeren Feinde ausgeliefert würde, und die dies damals für eine vorübergehende Maßnahme hielten —, zum Uebertritt nach Holland entschlossen. Aber dieser Rat ist überhaupt erst in den Nachmittagsstunden erteilt worden. Seine Majestät hat ihm gar erst in der Nacht zum 10. November Folge gegeben. Die Ausrufung der Republik durch Herrn Scheidemann ist aber in den Mittagsstunden des 9. November erfolgt! Um diese Zeit hatte der Kaiser noch die Absicht ausgesprochen, bei der Truppe zu verbleiben, er war sichtlich überrascht und empört durch die wahrheitswidrige Verkündung seines Thronverzichtes durch den Reichskanzler Prinz Max von Baden! Wie kann da die Rede davon sein, daß die „Flucht" die zwingende Notwendigkeit gewesen sei, die Republik auszurufen?!

Noch einmal sei demgegenüber der Wortlaut der Erklärung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an dieser Stelle wiedergegeben: „Seine Majestät der Kaiser und König ist nicht fahnenflüchtig geworden! Diese Verleumdung weise ich mit Entrüstung zurück. Der Kaiser ist von uns gegangen, weil ihn sein Volk verlassen hat! Der Heldentod an der Spitze des Heeres war unmöglich, weil gerade der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Ein Verbleiben Seiner Majestät hätte den Ausbruch des Bürgerkrieges und den Wiederbeginn der Feindseligkeiten nach außen zur Folge gehabt. Beides wollte der unglückliche Herrscher dem Vaterlande ersparen. Es ist leicht, dem toten Löwen einen Fußtritt zu versetzen."

Wer es trotz dieser Erklärung noch wagt, von einer „Flucht" des Kaisers zu reden, macht sich der Verleumdung schuldig; noch niederträchtiger handelt, wer behauptet, die „Flucht" habe zur Ausrufung der Republik gezwungen.

Gewiß, die Ausrufung der Republik hat uns nur Unglück gebracht; das müssen jetzt auch die einsehen, die sie dem Volke aufgeschwatzt, ja sie sogar als einen „Sieg des Volkes auf der ganzen Linie" dargestellt haben. Deshalb darf aber nicht die Behauptung aufgestellt werden, die dafür Verantwortlichen hätten unter einem Zwange gehandelt, und der Schuldige sei wieder einmal der Kaiser! Er soll nun auch die Schuld tragen für all das namenlose Unglück, in das uns die gebracht haben, die an ihm zum Verräter geworden sind. Sie sollen dadurch rein gewaschen werden.

„Wenn Wilhelm II. weniger kleinmütig gewesen wäre, lebten wir heute noch in der Monarchie." Diese Worte klingen wie eine Sehnsucht nach vergangenen glücklicheren Zeiten. Herr Scheidemann soll sie gesprochen haben. Was versteht er unter „kleinmütig"? Gibt es etwas Edelmütigeres, als sich selbst lebend seinem Volke zum Opfer bringen? Erst hatte man an diesen Edelmut appelliert, der Kaiser sollte im Interesse des Volkes zurücktreten. „Mein Rat ergeht heute als Verwandter und deutscher Fürst. Das freiwillige Opfer ist erforderlich, um Deinen Namen in der Geschichte zu erhalten." So hatte Prinz Max von Baden geschrieben. Die Befolgung dieses Rates wurde nicht abgewartet, sondern der Kaiser hinterrücks gestürzt. Jetzt heißt es plötzlich, wir lebten noch heute in der Monarchie, d. h. das ganze durch die Republik über uns gekommene Elend wäre vermieden worden, wenn der Kaiser weniger kleinmütig gewesen wäre.

Gibt es noch etwas Widerwärtigeres als solch ein Lügengewebe? Wir wiederholen: wir trauen es Herrn Scheidemann nicht zu, er würde sich ja selbst der Lüge zeihen, nachdem er sich so oft als Vater der Republik hat feiern lassen; aber er sollte wenigstens seinen Reporter dafür zur Rechenschaft ziehen, daß er ihm solche Lügen in den Mund gelegt hat. Vor der Welt aber muß dem Schuldigen, wer es auch sei, die Maske vom Gesicht gerissen werden.

Die Landkreise bei Schleicher.

Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge und durch Siedlung. Finanzierung ohne inflationistische Hilfsmittel. Keine weitere kommunale Verschuldung.

Der Reichskanzler empfing unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel Vorstandsvertreter des Landkreistages. Anknüpfend an die Rundfunkrede Schleichers, in der als vordringlichste Regierungsaufgabe die Arbeitsbeschaffung bezeichnet wurde, trugen die Vertreter die Auffassung des Landkreistages über dieses wichtige Gegenwartsproblem vor. Nur schleunige Arbeitsbeschaffung könne die schwere finanzielle Lage der Landkreise, vor allem im Hinblick auf die Wohlfahrtserwerbslosenlasten erleichtern. Vergebung öffentlicher Arbeiten sei einzig und allein in der Lage, wirksame Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Eine solche Maßnahme würde nicht nur eine Senkung der Wohlfahrtserwerbslosenlasten, sondern auch eine weitere wesentliche Erleichterung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bringen. Eine Finanzierung lediglich durch Darlehen müsse wegen der damit verbundenen nicht zu verantwortenden Vermehrung der kommunalen Schulden vermieden werden. Die Einbeziehung der Steuergutscheine in den Finanzierungsplan entspreche auch der Auffassung der Landkreise.

Mit dem Plan der Auflockerung der Großstädte stehe der Reichskanzler völlig auf dem Boden der Landkreise. Wenn die Großstädte aufgelockert und der Umschichtungsprozeß der Bevölkerung wirksam gestaltet werden solle, könne die Mithilfe der Landkreise nicht entbehrt werden. Die Landkreise seien als kommunalpolitische Vertreter des flachen Landes zur Mithilfe bei dieser staatspolitisch wichtigen Aufgabe bereit.

Der außerordentlich fruchtbringende Gedankenaustausch sichert eine Zusammenarbeit von Reichsregierung und Landkreisen auf dem wichtigsten Arbeitsgebiet der Gegenwart im vollen Umfang.

Raubmordversuch bei Wohlau.

Wohlau. Am Donnerstag gegen 9 Uhr wurde der Viehhändler Hermann Gutsche aus Herrnmoischelnitz, Kreis Wohlau, auf dem Wege von Wilhelmstal nach Klein Schmograu von einem noch unbekannten Täter überfallen. Der Räuber riß ihn hinterrücks vom Fahrrade, schlug ihn mit einer Waffe mehrmals auf den Kopf und versetzte ihm Fußtritte ins Gesicht. Nachdem er ihm etwa 570 Mark geraubt hatte, richtete er die Waffe gegen ihn und brachte ihm einen Steckschuß in der rechten Gesichtshälfte bei. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus in Wohlau geschafft; Lebensgefahr besteht nicht. Er ist zur Zeit nicht vernehmungsfähig und kann auch bezüglich des Täters nur wenig Angaben machen.

Der Weihnachtskarpfen für Hindenburg.

Den Weihnachtskarpfen für den Reichspräsidenten spendeten einer nun schon zur Tradition gewordenen Gepflogenheit folgend, auch in diesem Jahr wieder die schlesischen Karpfenzüchter. Es handelt sich um ein besonders stattliches Exemplar der berühmten schlesischen Zucht im Gewicht von 8 Pfund.

Lokales.

Namslau, den 27. Dezember 1932.

= **Neuer Wandererschutzweg im Weistritztal.** Der Wandererschutzweg im Weistritztal, der auf Anregung des Eulengebirgsvereins im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes gebaut wurde, ist jetzt fertiggestellt worden. Er soll jedoch erst im nächsten Frühjahr freigegeben werden. Die Wegkreuzungen sollen erstmalig mit künstlerisch ausgestatteten holzgeschnitzten Wegweisern, wie sie im Riesengebirge vielfach zu finden sind, versehen werden.

= **Einfuhr von Kartoffeln nach den spanischen Kolonien.** Nach einer Notiz aus „Industrie und Handel" ist die Einfuhr von deutschen Kartoffeln nach Spanisch-Marokko verboten. Dagegen ist die Einfuhr deutscher Kartoffeln nach den spanischen Besitzungen Ceuta und Melilla zugelassen worden.

= **Bernstadt.** In der Nacht zum Sonnabend wurden in Sabiok zwei Einbrüche verübt. In dem einen Falle wurden 11 Hühner gestohlen und bei dem zweiten Einbruch nahmen die Spitzbuben 4 Hühner und 3 Kaninchen mit. Sämtliche Tiere wurden lebend mitgenommen. — In Woitsdorf wurden aus dem Hofe des Gutsbesitzers Karl Günther 2 Fahrräder gestohlen. — In der vorletzten Nacht wurden im Buchwald bei dem Gutsbesitzer Gräß 3 Stopfgänse gestohlen im Gewicht von je 17—18 Pfund. — Dem hiesigen Gefängnis zugeführt wurde ein Fahrraddieb, der bei der Tat erwischt wurde und kurz vorher versucht hatte, sogar ein Motorrad zu stehlen.

Kommen Sie bitte zu uns

wenn Sie vergessen haben, unsere Zeitung für den Monat Januar 1933 bei dem Postboten zu bestellen. Wir überweisen Ihnen unsere Zeitung ohne Mehrkosten. Haben Sie keine Zeit,

dann bitte schreiben Sie an uns!

Auswirkungen der Amnestie.

Neben Ossietzky, dem Herausgeber der „Weltbühne", der 1½ Jahre Gefängnis wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu verbüßen hatte, werden u. a. auch 61 Verurteilte aus dem bekannten Ohlauer Prozeß entlassen.

Der Fall Cohn

Rektor und Senat gegen weitere Lehrtätigkeit.

Breslau, 25. Dezember.

Die Universitätspressestelle verbreitet folgende Erklärung von Rektor und Senat der Universität Breslau: Rektor und Senat halten es für ihre wichtigste Pflicht, die akademische Lehrfreiheit unbedingt zu schützen. Deshalb sind sie mit aller Entschiedenheit für die unbehinderte Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn eingetreten.

Leider hat Herr Professor Cohn neuestens diese pflichtmäßige Zurückhaltung durch unnötiges Hervortreten in einer umstrittenen politischen Frage vermissen lassen. Deshalb halten Rektor und Senat eine weitere Lehrtätigkeit des Herrn Professor Cohn an unserer schlesischen Universität im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines ungestörten Lehrbetriebes für nicht tragbar.

Der Beschluß bezieht sich auf eine Antwort die Prof. Cohn unter einer Reihe anderer Befragter (darunter Severing, Kapitän Erhardt usw.) dem „Montag Morgen" auf die Anfrage nach der Zweckmäßigkeit eines Asylrechts für Trotzki in Deutschland erteilt hat.

Eine Stinkbombe gegen den Breslauer Universitätsrektor.

Breslau. Am Donnerstag gegen 22 Uhr wurde, wie die Polizei berichtet, in die in der Dahnstraße im Hochparterre gelegene Wohnung des Rektors der Breslauer Universität, Professor Brockelmann, eine Flasche mit einer übelriechenden Flüssigkeit geworfen. Die Flasche fiel in das erleuchtete Wohnzimmer, wo sich Professor Brockelmann mit seiner Familie aufhielt. Zwei Fensterscheiben wurden zertrümmert, verletzt wurde niemand. Um eine sofortige Verfolgung zu verhindern, hatten die Täter die Gartentür mit Kupferdraht zugebunden.

Der Oderdurchstich bei Klautsch vollendet.

Glogau. Der seit einigen Monaten in Arbeit befindliche untere Klautscher Oderdurchstich ist vollendet und wurde dem Verkehr übergeben. Damit ist der Ausbau der Oderwasserstraße einen weiteren großen Schritt vorwärts gekommen. Für den noch bevorstehenden größeren Durchstich zwischen Klautsch und Reinberg, dessen Kosten auf etwa 1 Mill. Mk. veranschlagt werden, sollen die notwendigen Mittel im Frühjahr nächsten Jahres zur Verfügung gestellt werden.

Strehlen. Der vor sechs Jahren begonnene Riesenkonkurs Dr. Schneider—Gurtisch ist jetzt beendet worden. Der vom Schuldner vorgeschlagene Vergleich, wonach alle nicht bevorrechtigten, alle nicht aussonderungsberechtigten, alle nicht absonderungsberechtigten Gläubiger ein Prozent erhalten sollen, ist vom hiesigen Amtsgericht angenommen und bestätigt worden. Die Abstimmungen über Annahme oder Ablehnung des Vergleichs dauerten einen ganzen Vormittag. Drei Gläubiger stimmten gegen den Vergleich. Die Konservenfabrik in Gurtisch war schon vorher an die Stadt Striegau als Hauptgläubiger übergegangen.

Schweidnitz. Der neue Kreis Schweidnitz, der rund 94 500 Einwohner hat, umfaßt nach einer Statistik des Kreisausschusses in Schweidnitz rund 21 000 durch Wohlfahrtspflege unterstützte Personen. Diese Zahl ergibt einen Prozentsatz von 22 bis 23 Prozent. Zu diesem Satz kommen noch die aus der Arbeitslosenversicherung Unterstützten hinzu, so daß der neue Kreis Schweidnitz mehr als 25 Prozent der Bevölkerung unterstützt.

Breslau. An die Stelle des in den Ruhestand getretenen Kirchenrats Fuchs wurde Pfarrer Friedrich Than von St. Elisabeth durch das evangelische Stadtkonsistorium zum Städtischen Kirchenrat und Mitglied des Stadtkonsistoriums gewählt. Pfarrer Than wirkt seit 1907 an der Elisabethkirche.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch. 6,15: Funkgymnastik. 6,35: Morgenkonzert. 8,15: Wettervorhersage; Funkgymnastik für Hausfrauen. 11,15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11,30: Wettervorhersage; Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert. 13,05: Wettervorhersage; Mittagskonzert. 13,45: Zeit, Wetter, Presse, Börse. 14,05: Wettervorhersage; Mittagskonzert. 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10: Landwirtschaftl. Preisbericht, Börse. 16: Hans Reimann plaudert über Griechenland. 16,30: Aus dem Tagebuch eines Reporters. 17: Gesänge der Liebenden. 17,30: Landwirtschaftl. Preisbericht. „Der Oberschlesier", Dezember-Heft. 17,50: Eishockey, d. Kampfsport d. Winters. 18,10: Erlebnisse in Afghanistan. 18,35: Hafenjagd. 19: Haus und Wohnungen bei den Germanen. 19,30: Wettervorhersage; Abendmusik. 20: Die Schokoladenkantate, Hörspiel mit Musik. 21: Abendbericht. 21,10: Wunschkonzert. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,25: Funktechnischer Briefkasten. 22,35: Wie ich als Städter das Landleben sah. 22,50: Unterhaltungskonzert.

3. Weihnachtsfeiertag bei Grimm

Großes Konzert und Tanz.

Eintritt: Herren 50 Pfg., Damen 40 Pfg. für Konzert und Tanz.

Anfang 8 Uhr abends.

Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

Emil Bochnig, Stadtkapellmeister.

Evgl. Männer- und Jünglings-Verein.

Weihnachtsfeier

Mittwoch, den 28. Dezember abends 8 Uhr bei Schwuntek.

R. G. V.

Gemütliches Beisammensein

mit Angehörigen am **Mittwoch, den 28. Dezember, 20 Uhr** im **Braustübel.**

Besprechung über eine Winterfahrt nach Davos u. K.

Mitgliedskarte mitbringen.

Mit Bergheil!

Ortsgruppe Namslau.

Der Vorstand.

Neujahrskarten

in reicher Auswahl

Oskar Opitz'sche

Buch- und Papierhandlung

Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Andreas-Kirchstraße 13.

Am ersten Weihnachtsfeiertag, morgens 6 Uhr, verschied unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Frau

Auguste Kappelt

geb. Grundke

im Alter von 77 Jahren.

Gott gebe ihr seinen Frieden!

Namslau, Peiskerwitz, Herrnprotsch

den 25. Dezember 1932.

Familie Kappelt
Familie Bachmann
Familie Herrmann
Familie Wendrich.

Die Beerdigung findet am 28. Dezember, nachmittags 2½ Uhr von der Friedhofshalle in Herrnprotsch statt.

Infolge eines Unfalles verschied nach kurzem Krankenlager heut früh 6¼ Uhr mein innigstgeliebter, herzensguter Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Schlachthofdirektor

Willy Juckel

Stabsveterinär a. D., Ritter mehrerer Orden.

Konstadt OS., Liegnitz, Namslau, Siebeneichen, den 25. Dezember 1932

In tiefster Trauer

Emma Juckel

geb. Spätlich.

Einäscherung Donnerstag den 29. Dezember 2½ Uhr Breslau—Gräbschen.

1 größere **Wohnung** ist zu vermieten.

Ernst Fabian

Peter-Paulstr.

Reisende

für Private von bedeutender Wäschefabrik gesucht. Reichhaltige Kollektion sämtlicher Haushalt- und Aussteuer-Wäsche kostenlos. Hoher Verdienst wird

sofort bar

ausgezahlt. Schließfach 256 Plauen/Vogtl.

Werbt für das „Namslauer Stadtblatt"

Neujahrs-Gratulationen

in dieser Zeitung bieten eine vornehme und wirkungsvolle Repräsentation und ersparen außerdem das mühevolle und kostspielige Versenden von Neujahrskarten. Wir bitten, diesbezügliche Glückwünsche für die

Neujahrsnummer des „Namslauer Stadtblatt"

welche am **31. Dezember 1932** ab **nachmittags 2 Uhr** erscheint, **bald** aufgeben zu wollen, eventuell telefonisch unter Nummer 94.

Anzeigen

für

auswärtige Zeitungen und Fachzeitschriften

vermittelt schnell und zuverlässig unter Berechnung des Original-Zeilenpreises

Namslauer Stadtblatt

Namslau, Kirchstr. 18.

Polizeiliche

An-, Ab- und Ummeldeformulare

zu haben

Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Inserieren bringt Gewinn!